

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No 21 – 31. 12. / 1.1. 2011

*berlin killt polnisch der deutschen welle + herbert reul warnte früh + rena-
te sommer gegen rats-arroganz + elmar brok warnt vor dollar-flut + cancun
- delegierte als co2-rekordler + zeppelins rekord-zahlen + k.t. guttenberg
als hass-objekt + ramsauers neusprech-ideen + gegrillter emissionshandel*

"Haut Viktor Orbán, den rechten Jörg-Haider-Ersatz"

Organisierter Sturmflug aller EU-Linken gegen das ungarische Mediengesetz

Den Text des angeblich "faschistoiden" Gesetzes gegen Medien-Missbrauch, vom Buda-
pester Parlament mehr abgehakt statt durchdiskutiert, hatte **Martin Schulz**, Chefsozial-
demokrat im Europäischen Parlament und Mitglied der deutschen SPD-Führung noch gar
nicht gelesen (lesen können, denn tagelang gab es den Text nur ungarisch), da polterte er in
vier Staaten gleichzeitig los: "Ungarn darf ab Januar nicht der EU präsidieren, so lange die
rechte (!) Regierung in Budapest an diesem Gesetz festhält, das die Pressefreiheit
abschafft." Die "rechte" Regierung besteht aus zwei Mitte-Parteien, die Mitglied der EVP
sind. In der EVP mussten sie seinerzeit ihre Programme vorlegen und verteidigen. Sie
stießen damit weder damals noch jetzt auf Widerspruch der über 60 Mitgliederparteien der
EVP. Das Programm war durchaus christdemokratisch und voll
europäisch.

Schulz erregte sich nach einem Plan, der im Sommer 2010 im
internationalen Genossenkreis in Südfrankreich beschlossen
wurde. Ein Südeuropäer hatte dort referiert: "Die Furcht vor
Merkel-Deutschland nimmt zu, doch Stärke und Einfluss der
Europäischen Volkspartei nehmen ab. Der polnische EP-Prä-
sident erweist sich vor allem als nett und schwach. Die
Christdemokraten können in der EU geschlagen werden, wenn
wir jetzt rasch reagieren, denn sie verloren Wahlen in Holland,
Deutschland und Belgien. Sie fielen zurück in Nordeuropa,
aber auch in Griechenland. Vor allem fangen sie an, über den
Euro und Kernfragen der Integration zu streiten. Adenauer oder
Kohl sind vergessen."



Happy 2011, dear Viktor!

Die Schlussfolgerung, inzwischen schon aufgenommen in einen FAZ-Leiter: Die europäische
Sozialdemokratie soll sofort und entschiedener für ein **sozialeres EU-Europa** streiten, dabei
kräftiger in die Medien gehen und expressis verbis "das Europa von Spaak über Adenauer
bis Delors und Vaclav Havel gegen die vormarschierenden Rechtskräfte verteidigen". Dabei
hätten auch die immer öfter (Frankreich) lavierenden Gewerkschaften neue Aufgaben.
Zugleich sollen früher übliche antiklerikale Töne unterdrückt werden.

An der italienischen Front hatte die Linke bis Mitte Dezember viel Medien-Kraft eingesetzt
und über Berlusconi neben echter Kritik viele plumpe Lügen verbreitet. Das alles gilt seit dem
Misstrauensvotum vom 15.12. als ausgereizt, denn die Linke war unfähig, in Rom eine
Wende anzuführen. Auch die Stimmung bei den Sozialisten in Paris ist (noch) keine
Angstfaktor für die Gruppe Sarkozy. In Berlin hingegen sieht die Linke "Rot-Grün am
Horizont" (Nahles), und Benelux gilt (Martin Schulz) als "außer Tritt geraten."

Und nun? Der neue linke Feldzug 2011 ff begann - über Monate hinweg geplant - an der
Donau. Nicht nur das ungarische Mediengesetz wurde braun gemalt, auch die Recht-
sprechung in Ungarn. Ist es deshalb Zufall, dass ausgerechnet jetzt ein 297 Seiten starkes
Buch "Die rechte Gefahr aus Osteuropa" in Wien/Salzburg erschien? Keineswegs, denn das
Buch wurde vor Erscheinen linken Journalisten mit dem Hinweis geschenkt, Weihnachten
beginne eine Kampagne gegen Orbáns "Rechtskonservative".

Typisch das Geleitwort im Buch, geschrieben vom Wiener Altlinken Paul Lendvai, Dieser Austro-Ungar ist einer der kenntnisreichsten Publizisten, dazu geliebt wie gehasst in Wiener und anderen Politikerkreisen. Und er war natürlich vor Jahren einer der Erfinder der Österreich-Isolierung in der EU als Strafe für die Koalition der Wiener Christdemokraten mit reaktionären EU-Feinden des Haider-Lagers. Ich höre aus Wien und Budapest, dass auch jetzt fast alle Materialien und Hinweise in Sachen Ungarn-Mediengesetz aus der Lendvai-Ecke kommen, die der besiegten Linken finanziell verbunden ist. / Eine der Auslandstentakel reicht von Wien bis Potsdam, wo die "Brandenburgisch-Ungarische Freundschaftsgesellschaft mit SPD-Ministerpräsident Matthias Platzeck alles aus Budapest glaubt.

Persönlicher Hinweis: Als ich beim *Rheinischen Merkur* arbeitete, schrieb Lendvai dreimal für uns. Wir brachen die Verbindung ab, als uns der Wiener Kardinal Franz König einen "Beweis für die schlimme Verschlagenheit des Herrn Lendvai" schickte.

Ich telefonierte nach Weihnachten mit zwei Wiener Parteifreunden. Ihr Urteil: Das Gesetz ist sehr laienhaft und unklar. Mit spezifischem Strafrecht käme man weiter und brächte Klarheit.

Die Wähler, die weiterhin zu 60% bei Orbán stehen, haben alle früheren Medien-Skandale der Linken im Kopf. Die Genossen betrogen z.B. beim Frequenzhandel, sie ließen Abhängige lügen und gaben öffentlich zu, dass sie freundliche Kommentare kaufen konnten. Folglich sind (noch) viele Bürger der Meinung, "es" gehe der neuen Regierung um begründbare Säuberung. Genau dies ist aber nicht die Hauptsorge der Regierung, sondern der versteinerte Haushalt.

Elmar Brok, EVP-Koordinator für Außenpolitik, hat in der "Frankfurter Rundschau" auf bequeme Urteile la Schulz verzichtet. Doch z.B. gesagt, dass die EU-Charta der Grundrechte nicht unmittelbar in Budapest angewendet werden kann. Ungarn habe durchaus das Recht, ein solches Gesetz zu machen. Gewiss sei ebenso, dass man beim Gerichtshof für Menschenrechte klagen könne, wenn die Regierung Orbán echte Anlässe gebe.

Das wahre Problem, so Brok, bestehe in den 120 geblähten Gesetzeseiten, mit denen "nahezu alle Kommunikation geregelt" werde, öffentliche wie private! Pikant und der polnischen Lage ähnlich: Vor den Wahlen hielt Ungarns Linke das Lager Orbán aus den Medien-Gremien fern, jetzt werden die Linken ferngehalten...

Elmar Brok - selbst gelernter Journalist - lässt keinen Zweifel daran, dass Journalisten freien Zugang zu Quellen haben müssen und erwähnt dabei auch Wikileaks. Auf der anderen Seite äußert er Sorge vor Kompetenzüberschreitungen. Und er sagt mehr als durch die Blume, dass er die ungarische Maßnahme als laienhaft empfindet. Auf die Anwürfe der Lendvai-Ecke und der SPE in Brüssel geht Brok hingegen nicht ein. Richtig!

Am 3. Februar hat die EVP-Führungssitzungen in Brüssel, an denen Orbán teilnimmt. Mit der Kollegin Merkel sprach er schon am Telefon. Dabei hat er "Klärungsbedarf" anerkannt. Inzwischen lässt Budapest die OSZE die Lage prüfen.

Gefühllos und dumm: Deutsche Welle stellt Polnisch-Programm ein **Bewährte Arbeit für deutsch-polnische Verständigung unter dem Budget-Beil**

Nicht nur die deutsch-polnischen Gesellschaften von Bayern bis Berlin sind schockiert von "Reformen" bei der Deutschen Welle (DW) in Bonn. Zu vielen massiven Eingriffen in das Europa-Programm zählt ein (de facto) "Aus für Polnisch" trotz bekannter Tatsachen:

@ Es fehlt in Polen unverändert an **vertiefter** Deutschland-Information, ebenso an solider und **ständiger** Information über deutsch-polnische Zusammenarbeit. Dennoch ziehen polnische Medien Korrespondenten aus Finanzgründen aus Deutschland zurück und verlassen sich z.B. auf britische und andere Agenturen, die nicht selten antideutsche Tendenzen transportieren;

@ Rechte Politikreise in Polen, zum Beispiel die Kaczynski-Partei PiS, verbreiten Desinformationen über Deutschland, die fast nur vom polnischen Dienst der DW professionell beachtet werden;

@ Wenn die DW aufhören würde, in Polnisch zu historischen Problemen und Debatten zu informieren, wächst der **Schaden aus Kontroversen**, denn die polnischen Zeitungen sorgen in solchen Fällen kaum für Ausgewogenheit;

► Obschon der Etat sackte (2008: 800.000 €; 2010: 600.000 €), erreichte die DW immer mehr polnische Nutzer. Im Internet haben sich die Zugriffe verzehnfacht.

► Gerade im Lager der mit der CDU/CSU befreundeten Parteien der Regierung Tusk herrscht inzwischen ärgerliches Staunen. Ein Staatssekretär: "Sie streichen Polen und senden **kräftiger** nach Lateinamerika." Und "sie" wissen durchaus Bescheid: In einem DW-Papier von einer Beratung der Intendanz am 2.u.3.11.2010 in Maria Laach heißt es:

"..Kernaufgaben der DW sind die Vermittlung eines umfassenden Deutschlandbildes". Zur anhaltenden Debatte erklärte der Pädagoge (!) Wolfgang Börnsen, medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus dem polen-fernen Flensburg, er und sein Lager seien mit dem "Eckpunktepapier" der DW-Leitung einverstanden. Man stelle sich damit dem 21. Jahrhundert.

Meine Freunde in Polen und Deutschland halten dies für eine Phrase angesichts der Behandlung der polnischen Sprache. Wir sehen nicht **Subsahara und Iran** als Hauptzielgebiete, sondern Zonen in Ost- und Ostmitteleuropa, in denen es sowohl um deutsche Interessen als **um politische Klimaprobleme geht, die 1945 und auch früher entstanden.** / 1942 geboren, weiß Börnsen wohl nicht, dass und Adenauer diese drei besonders an Herz gelegt hat: Israel, Polen, Frankreich....// Ich werde Herrn Börnsen befragen und mich an Protesten beteiligen. Sie/Ihr werden /werdet weiter informiert. Bitte auch an Börnsen schreiben:

Herrn Wolfgang Börnsen MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 BERLIN. // **Hoffnung auf Vernunft nicht aufgeben!**



Wolfgang Börnsen

EUROPÄISCHES PARLAMENT WERKSTATT EUROPAS

✚ Europas Christdemokraten haben schon früh die Einführung des **Euro in Estland** unterstützt. Jetzt gibt es Aufgeregte, die plötzlich meinen, man hätte angesichts der Krise warten sollen. Doch Estland ist finanziell gesünder als Irland. Die Bürger empfangen mit Freude und Optimismus ihre frischen 600. 000 Münzen-Sets. Der Umtauschkurs lautet 15.6 Kronen je 1 €. Alle estnischen Handelsunternehmen schlossen eine **"Fair-Preis-Vereinbarung"**, um Irritationen zu begegnen, wie sie z.B. in Deutschland bei der Euro-Einführung eintraten.



✚ **Herbert Reul**, CDU-Europaabgeordneter für das Bergische Land, ist erfreut darüber, dass seine Kritik an der **Zwangseinführung neuer Leuchtmittel** breites Echo auslöste. Dass die "neuen Birnen" **giftiges Quecksilber** enthalten, war zwar von Anfang an bekannt, wurde aber von Grünen und in den Medien zur Seite geschoben. Das ging aber nicht mehr weiter, weil sogar Öko-Institute Alarm gaben. Außerdem fluchen Antiquare und Filmausstatter, denn sie bekommen keine herkömmlichen Birnen mehr für ihre Lampen aus früheren Stilepochen. Wie ich erfahre, plant ein Versandunternehmen in der Schweiz die Lieferung per Post von "alten" Birnen und will anonyme Verpackung garantieren. So geht es solchen Planwirtschaftlern, die Öko sagen und dabei nur neue Geschäfte anschieben.

✚ **Dr. Renate Sommer**, CDU-Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet, ist verärgert über die Missachtung des Europäischen Parlaments durch EU-Regierungen in Sachen Lebensmittelkennzeichnung. Entscheidungen, die Straßburg mit großer Mehrheit der Abgeordneten traf, hätten keinen Respekt ausgelöst. Eine Einigung rücke in weite Ferne. Einen Grund für das Verhalten des Rats sieht die Lebensmittelexpertin aus Herne in der Schwäche der belgischen Regierung, die bis jetzt EU-Ratsmacht war. Es sei nur Schlamperei gelaufen. So fordere z.B. der Rat eine Kennzeichnung von Alkopops und Lebensmittel-Imitaten, ohne zu definieren, um was es geht.

⚡ In einem Teil der Medien wurde so getan, als könne die im Lissabon-Vertrag verankerte **"Europäische Bürgerinitiative"** schon 2011 starten. Eine solche kommt zustande mit mindestens einer Million Unterschriften aus sieben EU-Ländern. Tatsache ist, dass frühestens 2012 gestartet werden kann, und Skeptiker erinnern daran, dass die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 stattfand, obschon sie mehr als fünf Jahre früher "im Prinzip" beschlossen wurde.

⚡ **Elmar Brok** (EVP/CDU), Präsident der Delegation für die Beziehungen des Europäischen Parlaments mit den USA, hat nach mehreren US-Reisen einen **"Transatlantischen Wirtschaftsrat"** gefordert, um die Konjunktur zu fördern. Es gehe auch heute weiter um den Abbau von Handelshemmnissen. Dagegen heiße die Überflutung des Marktes mit 600 Milliarden Dollar Inflationsgefahren an. Brok forderte ein von beiden Seiten (EU + USA) besetztes **Sekretariat**. Auch sonst warte Arbeit: "Es fehlt an gemeinsamen Industriestandards und sogar an der gegenseitigen Anerkennung gesetzlicher Maßeinheiten."

⚡ **Michael Gahler**, CDU-Europaabgeordneter für Südhessen fordert nach dem Start des Auswärtigen Dienstes (EAD) der EU "ein **zivil-militärisches Hauptquartier zur Planung und Führung europäischer Missionen und Operationen**". Schon im November hatte die Völkervertretung in dieser Sache "vorgedacht". Natürlich wimmelt es von Bedenkenträgern, vor allem in Staaten, die wieder einmal ihre "Souveränität" gefährdet sehen. Deshalb lohnt ein Blick zurück: Als die EVP-Fraktion vor 25 Jahren militärische Sicherheit im Parlament beraten wollte, kam lauter Protest aus den Hauptstädten. Doch dann kam es zu einem Unterausschuss, in welchem sogar Abrüstung diskutiert wurde. Ausschuss-Präsident wurde **Hans-Gert Pöttering**, Jahrgang 1945. den das damalige Establishment "etwas beschäftigen" wollte.

Sprechende Zahlen, aufgepickt und umgerührt

☀ Der berühmte "Öko-Film" von US-Ex-Vizepräsident **Al Gore**, den er weltweit Schulen empfiehlt, enthält **neun** grobe Falschaussagen in Sachen Klimaentwicklung. **Lord Monckton**, Mitglied des Londoner Oberhauses, erreichte mit Freunden, dass dieser Film in Englands Schulen verboten wurde. Dies stand in allen englischen Zeitungen, bei uns druckte niemand die Story. Oder haben Sie etwas gefunden? Bitte melden...

☀ Die rund 15.000 Teilnehmer an der Klima-Konferenz von **Cancun** - aus 194 Ländern - verursachten eine CO₂-Emission von 25.000 Tonnen. Außer den Delegierten, die abermals kaum fassbare und vor allem durchgerechnete Maßnahmen beschlossen, waren 4000 Journalisten und Techniker vor Ort. Und allein **Greenpeace** gab rund eine Million \$ für PR-Aktionen aus.

☀ Nur acht Prozent der deutschen Frauen sind mit ihrem Körper zufrieden, und nur 2% halten sich für schön. Rund eine Million Deutsche lassen sich jedes Jahr mit dem **giftigen Botox** Falten glätten. Weltweit werden 30 Milliarden \$ jährlich in Schönheits-OPs gesteckt.

☀ Der Schönheitswahn springt auf Mentalfunktionen über. Allein die DAK fand heraus, dass deshalb jährlich 800.000 Arbeitnehmer regelmäßig sog. **"Neuroenhancer"** schlucken, Tendenz steigend. Was noch schlimmer ist: Politiker erwähnen diese und andere "Fremdlasten" fast nie in ihren Gesundheitsdebatten. Contra-Strategien wie z.B. bei Trunksucht stehen dagegen selten auf der Tagesordnung.

☀ 37% der deutschen Ärzte sind uneingeschränkt **für Sterbehilfe** bei "unheilbar" kranken Patienten.

☀ 196mal sind **2010** die Spritpreise gestiegen, an 166 Tagen gesunken. **ARAL sagt dazu: "Es liegt nur am Wettbewerb."** Prost Neujahr!

☀ In Polen sind nach Abschluss von Einigungen nach den Kommunalwahlen 64 von 107 Stadtpräsidenten unabhängig und parteilos. Von den Präsidenten **mit** Parteibuch entfallen 25 auf die PO, 11 auf die SLD, sechs auf die PiS und einer auf die PSL.

☀️ Polens Präsident **Bronislaw Komorowski**, echter Christdemokrat, ist mit 67% der vertrauenswürdigste Politiker des Landes, gefolgt von Premier **Donald Tusk** (57%). Am wenigsten trauen die Polen immer noch **Jaroslaw Kaczynski** (53%).

☀️ Obschon das **Zeppelin**-Werk in Friedrichshafen in der Saison 2010 nur **ein** NT-Luftschiff einsetzen konnte, die **'Baden-Württemberg'**, wurde eine Gesamtzahl von Passagieren seit Start von über 100.000 Personen erreicht. Ein NT-Luftschiff fährt schon mit Passagieren viel Geld in Kalifornien ein. Ein zweites flog in Japan, wird jedoch jetzt zerlegt an den Bodensee zurück geliefert und "neu aufgebaut". Dabei wird um zwei Sitzplätze und eine Teeküche erweitert. Erfahren dies die Deutschen? Nein, denn in den Funkhäusern (z.B. WDR) gibt es genug "Reportage-Verweigerer", die immer wieder das Märchen erzählen: "Die Leute wollen das nicht sehen und denken an den alten brennenden Zeppelin mit Hakenkreuz." Schwachsinn! Seit die Luftschiffe vom Typ NT fliegen, sind alle Flüge ausverkauft und könnten sogar noch um 40% gesteigert werden.

NAMEN SIND NACHRICHTEN

◆ **Detlef zum Winkel**, Autor des Linksmagazins **KONKRET**, stimmte in die Hetze gegen angeblich lebensgefährliche CASTOR-Transporte ein: "**Das Wort Endlager verbindet die Begriffe Endlösung und Konzentrationslager.**" Unser Foto, ein KONKRET-Titel, ist repräsentativ für die neue Hetzwelle der Linken gegen die CDU/CSU, an der sich auch SPD-Chef **Sigmar Gabriel** rege beteiligt. Er hetzte z.B. in Warschau, die Kanzlerin **Angela Merkel** werbe über **Erika Steinbach** "um die Rechtsextremen".

◆ **Sigrid Skarpelis-Sperk**, SPD-MdB bis 2005 und dann contra Kanzler Schröder abgegangen, ist Präsidentin der **Vereinigung Deutsch-Griechischer Vereinigungen** und beschuldigt die EU der "menschenfeindlichen" Sperrung der griechisch-türkischen Grenze für türkische Arbeit-Sucher. Und sie mutmaßt grotesk, Ankara schätze die "Flüchtlingswelle" als förderlich für seine EU-Verhandlungen! Außerdem wiederholt die Genossin den Slogan "**Kinder statt Inder**", den **dpa** seinerzeit dem CDU-Politiker Jürgen Rüttgers in den Mund gelogen und weiter verbreitet hatte.



◆ **Peter Ramsauer**, CSU, Verkehrsminister und "Inhaber des schönsten deutschen Wahlkreises am Dachstein", hat jenseits seiner Beschäftigung mit der frostkranken Bahn noch Zeit für Kerndeutsches. Das Bahn-Ticket soll wieder *Fahrschein* heißen, auch für Ausländer. Aus Travel Management wird eine bürokratische *Reisestelle*. Spitze würde der umgetaufte Laptop. Er soll ramsauisch *Klapprechner* heißen. Ich erinnere mich an **Jacques Chirac**, der den Begriff Computer durch Ordinateur ersetzen wollte und - außer in Behörden - scheiterte.

◆ **Jacek Kurski** ist abermals unter den Kandidaten für das Wahlkampf-Management des polnischen Rechtskonservativen **Jaroslaw Kaczynski**. Kurski hatte seinerzeit Hetze gegen Donald Tusk organisiert, dessen Vater zwangsweise in der Wehrmacht dienen musste.

◆ **Donald Tusk**, polnischer Premier, plant mit **Angela Merkel** eine gemeinsame Sitzung beider Regierungen (Juni 2011) Am 1. Juli 2011 beginnt die polnische EU-Präsidentschaft.

◆ **Peter Altmaier**, CDU-MdB, Präsident der Europa Union Deutschlands (EUD), kann sich auf die Unterstützung seiner Partei bei der Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm der EUD stützen, nicht auf die CSU. Das neue Programm soll 2012 feierlich verabschiedet werden - auch zum Gedenken an das legendäre Hertensteiner Programm, das vor 65 Jahren JA zu einem föderierten Europa sagte, das auch der Christdemokrat **Robert Schuman** wollte. Das Motto der neuen Diskussion lautet "**Europäische Idee im 21. Jahrhundert**".

ENERGIEUMWELTKLIMAKERNKRAFTUMWELTKERNKRAFTKLIM

Die führenden deutschen Printmagazine **FOCUS** und **SPIEGEL** verschärfen Kritik an der EU-Umweltpolitik. Der **SPIEGEL** druckte letzte Woche den bisher größten Verriss des so genannten Emissionshandels, basierend auf acht Wochen Recherchen mit vier Dokumenta-

risten. Außerdem wird über den "Anstieg der Meere" kritischer berichtet, denn durch Tourismus-Unternehmen weiß man, wie zahllose Urlauber erfuhren, dass von Spanien bis Rügen fast nirgends höhere Pegelstände bekannt wurden. Ferner sind mehr als zwanzig Bürgerinitiativen gegen Starkstrom-Trassen und so genannte unterirdische CO₂- Verklappung entstanden. Drei demoskopische Institute haben Studien unter Verschluss, aus denen hervorgeht, dass die Kritik an überzogenen Klima-Maßnahmen 2011 zunimmt und vor allem ältere Bürger ihre Medien-Erfahrungen mit "Stuttgart 21" auf die Klima-Aktionen übertragen. Der größte "Gefahr" für Berlin: Immer mehr Bürger halten die Klima-Programme für unbezahlbar. Als "reines Gelddrucken" (Prof. Sinn) gilt inzwischen die ganze Solarenergie--Förderung.



☀ **In Schleswig-Holstein**

E.ON und Vattenfall vereinbarten einen gemeinsamen Optimierungsprozess für die Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel. Sie haben mit Blick auf die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Kernenergie vereinbart, gemeinsam alle Möglichkeiten zur baldigen Wiederinbetriebnahme und zur weiteren betrieblichen Optimierung der Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel zu prüfen. Dazu werden die beiden Unternehmen die technischen Rahmenbedingungen und den notwendigen Investitionsbedarf ermitteln.

Das Land **Baden-Württemberg** steigt bekanntlich bei **EnBW** ein. Bei EnBW sind bisher EDF (Electricité de France) und die Oberschwäbischen Elektrizitätswerke mit jeweils 45,01 % beteiligt. Die Zustimmung des Kartellamtes wird für Januar 2011 erwartet.

Das **Deutsche Atomforum** darf nicht mit Windrädern werben. Auf einer Fotomontage wurden Windräder vor einem KKW gezeigt mit dem Text: „Klimaschützer unter sich. Kernkraft Unterweser und Windenergie: CO₂-Ausstoß gleich null“. Der größte deutsche Windradbauer **Enercon ging vor Gericht** und bekam recht. Die „Atomlobby“, so die Richter, übertrage den „guten Ruf der Windräder“ (!) auf die Atomkraft. Doch dies sei unzulässig. Die Foto-Montage sei ein Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht. Die Anzeige diene dazu Atomstrom „zu Lasten der Anbieter alternativer Energien“ zu fördern. Ein neuer Beweis dafür, dass das bürgerliche Lager die Drohung in der RAF-Periode nicht ernst nahm: "Wir (Juristen) marschieren durch die Institutionen."

Salzbergwerk Asse: Durch den früheren Kali-Abbau wurde etwa soviel Radioaktivität (als Kalium 40, Halbwertszeit 1,3 x 10⁹ Jahre)herausgeholt, wie man an radioaktiven Isotopen mit radioaktiven Abfällen hereingebracht hat. Der Asseberg ist also durch die Einlagerung nicht radioaktiver geworden. Unvergleichlich größer ist die im Berg noch vorhandene natürliche Radioaktivität des Kalium 40. Eine mögliche Gefährdung geht nur von löslichen radioaktiven Stoffen aus, wie z.B. Cäsium-137 (Halbwertszeit 30 Jahre).

Selbst der **Klima-Dogmatiker und PIK-Chef Hans Joachim Schellnhuber** (Potsdamer Klimainstitut) denkt nunmehr laut, das Kyoto-Abkommen taue nix. In einem FAZ-Interview meinte er, die Zahlen, die darin stünden, seien „im Grunde aus der Luft gegriffen“.

Wie sieht der Zyniker **Wladimir Putin** uns Deutsche? Genau so: „Ich weiß nicht, wie sie heizen wollen. Atom wollen sie nicht, Gas wollen sie auch nicht. Wollen sie wieder mit Holz heizen?“ Bekanntlich weiß der Kreml-Boss einen Ausweg: Vor über einem Jahr sagte er, dass Russlands Kernkraftwerke im Ex-Ostpreußen "demnächst in Deutschland viel Geld verdienen werden".

=====

Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG
 Tel. 0228 – 324381 // e -mail: post@jwahl.de

[Deine / Ihre Spende deckt Kosten -](#)

bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805: